

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 5-6

Artikel: Kommt es zum Referendum?
Autor: Bosshard, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommt es zum Referendum?

Peter Bosshard ist massgeblich an der heutigen entwicklungspolitischen Haltung der SPS beteiligt. Er ist Präsident der entwicklungspolitischen Kommission der SPS und war als Mitglied der Arbeitsgruppe IWF auch einer der Autoren der neu erarbeiteten Position der SPS zur IWF-Politik der Schweiz. In diesem Beitrag erklärt er den Positionswechsel der SPS zum IWF-Beitritt und zeigt mögliche Zukunftsperspektiven für eine schweizerische Entwicklungspolitik aus sozialdemokratischer Sicht auf.

Von Peter Bosshard

1986 und 1988 hat die SPS beschlossen, einen möglichen IWF-Beitritt der Schweiz mit dem Referendum zu bekämpfen.

1990 kam der Parteitag von dieser kategorischen Haltung ab: Unter gewissen Bedingungen will die SPS jetzt auf ein Referendum gegen den IWF-Beitritt verzichten.

Dies entspricht auch der Position der Drittweltorganisationen. Was ist passiert? Sind die entwicklungspolitischen Kreise umgefallen?

Der Internationale Währungsfonds ist eine Organisation mit 152 Mitgliedsländern, deren Stimmrechte allerdings von ihrer Wirtschaftsmacht abhängig sind. Der IWF überwacht die internationale Währungspolitik und ist seit den 70er Jahren immer stärker in der Verschuldungspolitik aktiv geworden. Bei den Verhandlungen mit den Schuldnerländern setzt er jeweils als Vertreter der Gläubiger die Bedingungen für neue Kredite und für Zahlungserstreckungen durch. Da diese Bedingungen einseitig die Schuldnerländer und dort zumeist die ärmsten Bevölkerungsschichten treffen, wird die IWF-Politik zu Recht hart kritisiert – unter anderem von der Sozialistischen Internationalen und von zahlreichen Basisorganisationen aus den Schuldnerländern der Dritten Welt. Auch das Positionspapier,

welches der SPS-Parteitag im April angenommen hat, bestätigt die grundsätzliche Kritik am IWF. Dessen Politik habe den Süden «finanziell ausgeblutet und gleichzeitig in eine immer stärkere Verschuldungsabhängigkeit getrieben». Unakzeptabel seien aus sozialdemokratischer Sicht insbesondere die «einseitige Machtausübung gegenüber verschuldeten Entwicklungsländern» und die «einseitige Weltmarktideologie».

Von der heimlichen zur formellen Mitgliedschaft?

Als einziges westliches Industrieland ist die Schweiz bisher nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds und dessen Schwesterorganisation, der Weltbank. Nach Gründung dieser Organisationen Ende des Zweiten Weltkriegs glaubte sie, von einer Sonderfallrolle mehr profitieren zu können. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Schweiz die Politik des Währungsfonds nicht seit längerem aktiv mitträgt. Insbesondere in den letzten zehn Jahren ist sie finanziell und politisch sozusagen zu einem heimlichen IWF-Mitglied geworden. Mit Sonderkrediten in der Höhe von mehreren 100 Millionen Franken beteiligte sie sich an einzelnen Programmen. Auch die Projekte und Programme der IDA, einer Tochterorganisation der Weltbank, unterstützte sie in den vergan-

genen Jahren mit rund 500 Millionen Franken aus Entwicklungshilfegeldern. Schliesslich stellen sich Bundesrat und Banken jeweils auch bei Umschuldungsverhandlungen hinter die Politik des IWF. Den Schuldnerländern der Schweiz werden die Rückzahlungsfristen nur erstreckt, wenn sie dafür die harten Anpassungsprogramme des Währungsfonds in Kauf nehmen.

Seit einem Jahr bereitet der Bundesrat nun einen formellen Beitritt der Schweiz zum IWF vor. Bis anfangs 1991 will er dazu eine Vorlage ausarbeiten. Im Prinzip tritt die SPS dafür ein, dass die Schweiz das Schneckenhaus des selbstgerechten Sonderfalls verlässt und sich aktiv in internationalen Organisationen engagiert. Weshalb der Bundesrat allerdings ausgerechnet dem Internationalen Währungsfonds – der am wenigsten demokratischen aller internationalen Organisationen – beitreten will, leuchtet nicht ein. Bisher hat er auch nicht klar gemacht, welche konkreten Ziele er als IWF-Mitglied überhaupt verfolgen will. Zu befürchten ist, dass die Schweiz als Mitgliedland das Übergewicht der konservativen Industrieländer im IWF noch verstärken würde.

Allerdings ist klar: Ob die Schweiz formell Mitglied des Internationalen Währungsfonds wird oder nicht, ist im Vergleich zu ihrer bisherigen Mitbeteiligung an dessen Politik nicht entscheidend. Aus diesem Grund legen auch die bürgerlichen Kreise und die Privatwirtschaft keinen grossen Wert auf eine solche Mitgliedschaft. Die «NZZ» bezeichnet den Beitrittswunsch beispielsweise kühl als «Steckenpferd» von Otto Stich und fragt nach den «positiven Argumenten, welche für die Schweiz Anlass sein könnten, ihre bisherige Haltung gegenüber Weltbank und Währungsfonds zu revidieren». Die isolationistischen Krei-

se um Christoph Blocher lehnen den IWF-Beitritt sogar ab.

Konsequenzen für die SPS

Für die SPS muss diese Einschätzung – meiner Meinung nach – folgende Konsequenzen haben:

- Die Partei muss die undemokratische Interessenpolitik des IWF (und der Regierungen der Gläubigerstaaten dahinter) weiterhin kritisieren und politische Alternativen dazu unterstützen. Gefragt sind insbesondere Strategien zur Schuldenstreichung.

- Die Partei muss sich auch für eine Änderung der konkreten Verschuldungspolitik (und Aussenwirtschaftspolitik generell) der Schweiz einsetzen, welche sich bereits bisher an der Haltung des Internationalen Währungsfonds orientiert hat.

- Angesichts der schon jetzt unbefriedigenden Situation ist ein Referendum gegen den IWF-Beitritt, welches die bisherige Politik der Schweiz nicht positiv verändern könnte, nicht a priori sinnvoll. Ein solches Referendum wäre – an der Seite von Christoph Blochers AUNS, aber möglicherweise gegen die Hilfswerke – politisch auch nicht sehr attraktiv.

- In den nächsten Monaten müssen die SPS und die Drittweltorganisationen versuchen, mit dem Druckmittel der Referendumsdrohung die zukünftige konkrete Verschuldungspolitik der Schweiz – und sei es im IWF – möglichst verbindlich positiv zu beeinflussen. Werden ihre Bedingungen bezüglich eines IWF-Beitritts akzeptiert, so sollten sie auf ein Referendum verzichten. Die Einhaltung von Bedingungen wird nämlich in Zukunft schwierig zu kontrollieren sein, und die entwick-

lungspolitischen Kreise sollten sich deshalb davor hüten, durch eine Befürwortung des Beitritts die zukünftige Politik der Schweiz zu legitimieren.

- Sollte sich der Verzicht auf ein Referendum als sinnvoll erweisen, so dürften die SPS und die Drittweltorganisationen dennoch nicht die Hände in den Schoss legen. Es gibt andere entwicklungspolitische Probleme, die einen grossen Einsatz rechtfertigen und bei denen zukunftsweisendere Veränderungen erreicht werden können, als dies mit einem Referendum möglich ist.

Entscheid fällt anfangs 1991

Das Positionspapier, welches der SPS-Parteitag Ende April zum IWF-Beitritt angenommen hat, bietet eine gute Basis für die Politik der kommenden Monate. Es enthält konkrete Forderungen, die auf entwicklungspolitische Spielregeln für ein IWF-Mitglied Schweiz abzielen. Zwei Bedingungen sollen auch dafür sorgen, dass die Einhaltung von Versprechen, die der Bundesrat bei einem IWF-Beitritt allenfalls abgibt, kontrolliert werden kann.

Die Möglichkeit eines Referendums ist trotz dieser Bedingungen nicht vom Tisch. Die US-amerikanische Regierung erklärte Ende März, sie erhoffe sich von einem Beitritt der Schweiz zum IWF eine Stärkung der eigenen Politik. Eine solche Einschätzung widerspricht den Forderungen der SPS diametral. Sollte der Bundesrat solche Bedenken in seiner Beitrittsbotschaft nicht gründlich zerstreuen können, so werden die Drittweltorganisationen eine Beitrittsvorlage kaum akzeptieren. Aufgrund der Diskussion am Basler Parteitag gehe ich davon aus, dass die SPS ein Referendum von ihrer Seite unterstützen würde.